

Jahrgang 33 – Ausgabe 2-2007

Warum es nicht vorwärts geht!

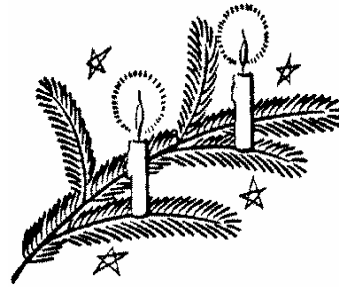
(Versuch eines sachlichen Rückblicks)

Politischer Stillstand in Burghaun: Bisher keine Seniorenwohnanlage, bisher keine Mehrzweckhalle. Seit sich der Machtwechsel in Burghaun vollzogen hat, wurden politisch eigentlich nur Maßnahmen durchgeführt, die von der früheren Mehrheit von SPD und FDP beschlossen worden waren, wie die Dorferneuerungsprogramme zeigen. Ansonsten war die neue Koalition von CDU und Grünen in 2 Jahren schwerpunktmäßig damit beschäftigt, schon getroffene Entscheidungen der alten Mehrheit rückgängig zu machen. Dies sind Fakten, die man nachprüfen kann. Schauen wir uns nochmals die letzte strittige Entscheidung an, die Mehrzweckhalle für Burghaun. Da gab es einen Beschluss der Gemeindevertretung für den Bau dieser Halle auf dem Festplatz in Burghaun. Ein Beschluss, den zunächst auch die CDU mitgetragen hat. Für den Festplatz spricht, **dass das Gelände schon der Gemeinde gehört, sodass diese Kosten schon mal wegfallen.** Dann wird diese Entscheidung von der CDU gekippt und ein neuer Standort beschlossen. Dieser Standort, das Gelände der ehemaligen Firma Schmitt, heute als „Quell-Gelände“ bezeichnet, ist nach Meinung der CDU besser, weil es zentraler liege. Es gibt sicher gute Argumente, die auch für dieses Gelände sprechen, aber doch bitte nicht die Aussage eines führenden CDU-Mannes, dass dieses Gelände billiger sei! Das Grundstück muss gekauft werden, die darauf stehende Halle muss abgerissen werden, für den Mieter soll ein neues Grundstück bereitgestellt werden. Wie sehr soll das billiger werden gegenüber einem Grundstück, das der Gemeinde schon gehört. Im Übrigen darf man auf die Höhe der Maklergebühr bei dem Verkauf gespannt sein. Das alles ist für den Laien unverständlich, besonders nachdem schon ein Architektenwettbewerb für die Mehrzweckhalle auf dem Festplatz abgeschlossen worden war und die Planungen angelaufen sind. Pikant ist auch die Tatsache, dass der Vizebürgermeister von der CDU schon einen Auftrag für Planungen der Halle erhalten hat (wie gesagt am Festplatz). Warum also dieser Umschwung, waren doch alle vorgetragenen Argumente in dieser Sache auch schon vorher bekannt? (Weiter auf Seite 2)

Da hat in einer der letzten Sitzung der Vorsitzende der Gemeindevertretung, der der CDU angehört, eine Diskussion um einen Tagesordnungspunkt nicht zugelassen, weil dieser schon schriftlich abgehandelt worden sei. Die von FDP und SPD gewünschte Debatte wurde abgeblockt. Ein sehr zweifelhaftes Verfahren, muss es doch nach demokratischen Grundregeln möglich sein, **alle Vorhaben** im Parlament zu diskutieren, schließlich ist auch die Öffentlichkeit daran interessiert zu wissen, was man denn da „schriftlich abgehandelt hat“. Erstaunt sind wir auch über das Verhalten der basisdemokratischen Grünen im Gemeindeparlament, die dieses offensichtlich undemokratische Verhalten unterstützen. Das neutrale Amt des Vorsitzenden wird auch dann parteipolitisch missbraucht, wenn der Vorsitzende offiziell Stellungnahmen im Mitteilungsteil der Gemeinde abgibt, die gegen die Verwaltung gerichtet sind. Auch hier handelt es sich um eine zweifelhafte Amtsführung, die auch durch „Lässigkeiten“ nicht zu entschuldigen ist, wenn etwa der Vorsitzende einen Abgeordneten bei seiner Wortmeldung süffisant fragt, ob er sich melde, um ein Bier zu bestellen.

Das höchste Amt muss – auch wenn es nicht leicht fällt – neutral verwaltet werden.

Schließlich sollte es in der Gemeindevertretung möglich sein, über jeden Punkt der Tagesordnung angemessen zu diskutieren. Das Parlament selbst entscheidet, wann ein Tagesordnungspunkt beendet wird, dazu gibt es klare parlamentarische Regeln.



**Wir wünschen
allen
Bürgerinnen
und Bürgern
ein frohes und
gesegnetes
Weihnachtsfest
und ein gutes und
erfolgreiches Jahr
2008.**

SPD

Man muss der neuen Mehrheit in Burghaun jedoch vorwerfen, dass sie in ihrer Rolle als „Regierende in der Gemeinde“ noch nicht angekommen ist. Nur so ist auch die Einrichtung eines „Akteneinsichtsausschusses“ zu erklären. Dieser Ausschuss ist nach der HGO ein Instrument, gedacht für kleinere Parteien, die nicht im Vorstand vertreten sind, um bei wichtigen Maßnahmen Akten überprüfen zu können. Deshalb kann ein solcher Ausschuss auch schon mit einem Minderheitenvotum eingerichtet werden.

Landtagswahlen am 27. Januar 2008: SPD wählen!

Die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses ist aber auch immer ein Misstrauensvotum gegen den Gemeindevorstand. Im Gemeindevorstand der Gemeinde gibt es eine Mehrheit von CDU und Grünen. Da muss die Frage erlaubt sein, ob deren Vertreter jetzt nicht zurücktreten müssten, wurde ihnen doch von der eigenen Fraktion das Misstrauen ausgesprochen. So muss man ja annehmen, dass diese Beigeordneten unfähig seien, Akten einzusehen und zu lesen.

Seit zwei Jahren wird in Burghaun nur noch verwaltet, von Initiativen und Entwicklungsmaßnahmen der neuen Mehrheit ist relativ wenig zu sehen. Die Koalition von CDU-Grünen-CWE ist vollauf damit beschäftigt, frühere Beschlüsse der Gemeindevertretung aufzuheben.

Kritik muss auch in der Vorweihnachtszeit erlaubt sein, die Sichtweisen der Menschen sind nun einmal unterschiedlich und die Demokratie lebt von Mehrheitsbeschlüssen.

Deshalb muss auch gefragt werden, was denn mit der Seniorenwohnanlage geschieht? CDU und Grüne haben ja nun ein neues Konzept durchgesetzt und den Bau der Anlage einem privaten Investor übertragen.

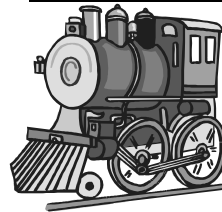
Seit Monaten geht es aber nun nicht weiter, weil immer neue Planungsprobleme auftreten und auch von neuen Forderungen des Bauherrn die Rede ist. Falls doch noch gebaut werden sollte, müssen alle Mehrkosten auf den Tisch, welche Zusatzleistungen muss die Gemeinde noch erbringen? Vor zwei Jahren war das Konzept für den Bau der Seniorenanlage fertig, der Bau konnte beginnen.

Nach der Wahl wurde alles umgeworfen, der Bau verzögerte sich, die Kosten steigen und der Traum, für jeden Bürger eine erschwingliche Unterkunft in einer Seniorenanlage bieten zu können, schwindet dahin. Wer wird sich schließlich noch eine Unterbringung in einer exklusiven Einrichtung leisten können?

Die Wohnanlage jedenfalls könnte schon fertig sein!

Die SPD-Fraktion hat versucht, mit Sachpolitik die Gemeinde voranzubringen, die Erfolge der Vergangenheit sind sichtbar.

SPD-Fraktion fordert Schallschutz an Bahnlinie



Die SPD-Fraktion in der

Gemeindevertretung Burghaun will den Gemeindevorstand beauftragen,

sich für den Schallschutz entlang der Bahnlinie Fulda – Kassel einzusetzen. Gemeindevertreter Helmut Schmidt forderte bei einer Beratung des SPD-Vorstandes die Bundesbahn zu Schallschutzmaßnahmen auf. Zahlreiche Anwohner der Bahnstrecke beklagen sich über eine Zunahme des Zugverkehrs, besonders des Nachts. Immer mehr Güterzüge rollten auf dieser Strecke, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger hätten weiter zugenommen. Schmidt verwies dabei auf zahlreiche SPD-Initiativen seit 1980. Einige kleinere Schallschutzmaßnahmen habe man bisher schon durchsetzen können.

SPD will Burghaun weiter entwickeln

SPD-Ortsvereinsvorstand und die SPD-Fraktion im Gemeindepapament sind übereinstimmend der Meinung, dass die Blockadepolitik von Schwarz-Grün in Burghaun beendet werden müsse. „Die früheren oppositionellen Neinsager von der CDU haben sich noch nicht an die Verantwortung gewöhnen können, die sie jetzt in der Gemeinde haben“, sagte Beigeordneter Wolfgang Heinicke. Alle größeren Maßnahmen seien in Burghaun seit Beginn dieser Legislaturperiode verzögert worden. Die SPD werde weiterhin ein Auge darauf haben, dass die Entwicklung von Burghaun durch die neue Mehrheit nicht gebremst werde.

Die SPD-Fraktion beschloss zu beantragen, dass eine Bedarfsanalyse zur Bereitstellung von Krippenplätzen in Burghaun durchgeführt werden soll. Dies ist nach Meinung der SPD die Voraussetzung für eine Erweiterung des Betreuungsangebotes in den Kindergärten Burghauns. Nur wenn man wisse, wie hoch der derzeitige Bedarf sei, könne man auch verantwortungsbewusst reagieren, erklärte Fraktionsvorsitzender Karlheinz Schott. Dieser erläuterte auch den Antrag der SPD zur Überarbeitung der Gestaltungssatzung der Marktgemeinde Burghaun.



Eine moderne und aufgeschlossene Gemeindeadministration müsse auf die zahlreichen Änderungsanträge von Bauwilligen angemessen reagieren können. Dazu müsste die Gemeindevertretung als Entscheidungsträger den Weg frei machen für eine Fortschreibung der Satzung.

Die neue Satzung soll den Bauwilligen helfen, ihr Bauvorhaben in Burghaun einfacher und schneller zu verwirklichen. Ein weiterer Antrag der SPD verlangt die Anschaffung einer mobilen Bühne für die Gemeinde und die Burghauner Vereine. Dazu sollen zunächst die Kosten ermittelt und für die Gemeindegremien ein Vorschlag erarbeitet werden.

Landtagswahlen 2008

Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Am 27. Januar 2008 kann es zu einer Ablösung der Koch-Regierung kommen, wie Meinungsumfragen belegen. Besonders in der Bildungspolitik übertreibt die CDU-Regierung mit sogenannten Reformen, bei denen es schwerfällt, sie immer zu verstehen. Auch der Widerstand gegen einen Mindestlohn durch Kochs CDU ist nicht nachzuvollziehen. Während die Manager für Misswirtschaft sogar noch Millionen Abfindungen erhalten, will die CDU Arbeitern einen Mindestlohn, der sich schon im unteren Bereich bewegt, verwehren.

"Burghaun aktuell" ist ein Mitteilungsblatt der SPD-Ortsvereine der Großgemeinde.

Auflage: 3.000

*Verantwortlich nach Presserecht:
Karlheinz Schott, Kreuzfeldstraße 4,
36151 Burghaun*